



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 18 Sgr. Inferiorpreis für den Raum einer fünfteiligen Seite in Deutschheit 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 152. Mittag-Ausgabe.

Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 30. März 1868.

## Deutschland.

### O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 4. Sitzung des norddeutschen Reichstages. (28. März.)

Eröffnung 11 1/2 Uhr. In den Tischen des Bundesrathes sind anwesend der Bundeskanzler Graf Bismarck, Präsident v. Delbrück und mehrere Vertreter der verbündeten Regierungen. — Die Tribünen sind mäßig besetzt.

Präsident Simson verliest eine lange Reihe von ihm bewilligter Urlaubsgesuche; auch das Haus genehmigte eine große Anzahl Urlaubsgesuche auf längere Zeit. — In Betreff des Gesuches des Abg. Windthorst, der wegen dringender Geschäfte 14 Tage Urlaub erbittet, beantragt Abg. v. Vinde (Minden) die Ablehnung des Gesuches aus denselben Gründen, aus denen das Haus dem Abg. Buddeberg den Urlaub verweigert habe. — Die Majorität entscheidet sich jedoch für Bewilligung desurlaubes. — Auch gegen die Urlaubsbewilligung der Abgg. Mammen, Gänther, Landgraf und v. Hammerstein erhebt sich Widerspruch, die Majorität bewilligt jedoch den Urlaub.

Der Präsident theilt sodann die bekannten Resultate der Schriftführer- und Commissionswahlen mit und macht Vorschläge über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen; das Gesetz, betreffend die Unterstützung bedürftiger Familien zum Dienste einberufener Mannschaften der Erprobungszeit wird zur Schlussberatung gestellt und Abg. Dr. Friedenthal zum Referenten ernannt; dasselbe wird beliebt bezüglich des Vertrages mit Nordamerika betreffend die Staatsangehörigkeit (Referenten Meier (Bremen) und Dr. Schleiden), des Freundschafts- und Handelsvertrages mit der Republik Liberia (Abg. Köp), und den 4 Postverträgen. In Betreff der letzteren macht Abg. Twesten darauf aufmerksam, daß sie zum Theil schon seit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten sind, daß das Haus also nicht mehr in der Lage ist, sie zu ändern, sondern sie nur einfach anzunehmen oder abzulehnen, in welchem Fall die Form der Schlussberatung sich am besten empfiehlt. — Das Gesetz, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen bei Gefährdungen wird einer besondern Commission von 14 Mitgliedern überwiesen, ebenso das Gesetz, betreffend die Verwaltung des Bundes-Schuldenwesens, nachdem der Vorschlag des Grafen Schwerin, das Gesetz der Finanz-Commission zu überweisen, in Folge mehrfach erhobenen Widerspruchs zurückgezogen worden.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberatung über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung des Haushalts-Etats des norddeutschen Bundes für 1868. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die nach dem Gesetze, betreffend die Feststellung des Haushalts-Etats des norddeutschen Bundes für das Jahr 1868, vom 30. October 1867 zu entrichtenden einmaligen und fortlaufenden Pensionsbeiträge bleiben unverändert.

§ 2. Die für das Jahr 1868 bereits erhobenen fortlaufenden Pensionsbeiträge, sowie die einmaligen Pensionsbeiträge von Gehältern oder Gehaltszulagen, welche vom 1. Januar 1868 oder einem späteren Tage ab bewilligt sind, werden zurückgestellt.

Ref. v. Bodum-Dollfus empfiehlt unbedingte Annahme. Die Aufhebung des Einziehens der Pensionsbeiträge stellt sich nach allen Seiten hin als eine Forderung der Gerechtigkeit dar. Man soll nicht mit der einen Hand nehmen, was man mit der anderen gab. Für den Bund aber empfiehlt sich diese Aufhebung um so mehr, als seit Beginn dieses Jahres auch in Preußen die Pensionsbeiträge in Wegfall gebracht sind. Die auf den Bund übernommenen Beamten sind unter denselben Bedingungen übernommen, denen bisher die preussischen Staatsdiener unterworfen waren. Wären die aus Preußen übernommenen Beamten preussische Beamte geblieben, so würden sie ihre Pensionsbeiträge nicht ferner zu zahlen haben; es ist demnach nur ein Act der Gerechtigkeit, wenn sie auch als Bundesbeamte von dieser Abgabe befreit werden. In noch höherem Grade ist dies bei denjenigen Bundesbeamten der Fall, die früher außerpreussischen Staaten angehört, denn diesen ist dadurch, daß sie Bundesbeamte wurden, eine Abgabe auferlegt worden, die sie früher nicht kannten, sie sind also direct schlechter gestellt worden. Außerdem wird mit Aufhebung der Pensionsbeiträge einem äußerst lästigen Rechnungswesen ein Ende gemacht. Auch daß für die Offiziere der Bundesarmee und Bundesmarine sowie für die auf dem Bundes-Militär-Etat stehenden Beamten die Pensionsbeiträge in gleicher Weise in Wegfall gebracht werden sollen, muß aus denselben Gründen befürwortet werden, weil auch hier die Pensionsbeiträge nur zu dem Zwecke aufrecht erhalten wurden, um nicht die eine Kategorie der Gehalts-Empfänger günstiger zu stellen als die andere.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte unbedingte angenommen.

Es folgt die Schlussberatung über den bekannten Antrag der Abgeordneten Twesten, Lasker und Gen. auf Abänderung der Geschäfts-Ordnung.

Von Seiten der Linken ist eine Anzahl Amendements eingebracht, deren wesentlichste sich auf die Behandlung des Bundes-Etats und auf den sofortigen Eintritt der namentlichen Abstimmung bei zweifelhafter Probe und Gegenprobe beziehen. Außerdem liegt ein Amendement des Abg. Grafen Eulenburg und eine Reihe von Anträgen auf Abänderung anderer Punkte der Geschäftsordnung vor, die jedoch vom Präsidenten als mit dem Twesten'schen Antrage nicht unmittelbar zusammenhängend von der Discussion ausgeschlossen werden. Endlich beantragen die Abgeordneten v. Wedemeyer und Gen. den Antrag Twesten-Lasker nebst den dazu gestellten Amendements einer Commission zur Berichterstattung zu überweisen.

Gegen diesen letzteren Antrag erklärt sich der durch den Telegraph aus Dresden citirte Referent Abg. Schwarze: Der dafür geltend gemachte Grund, daß der in der vorigen Session erstattete Commissionsbericht vielen Mitgliedern nicht vorliege, der Gegenstand also für die Schlussberatung nicht reif erscheine, sei in keiner Weise stichhaltig. Die Motive jenes Berichtes ließen sich, kurz zusammengefaßt, der Versammlung schnell vorführen; die Angelegenheit wieder einer Commission überweisen, heiße nichts Anderes, als dieselbe ad Graecas Calendas vertagen und dies lasse sich um so weniger rechtfertigen, als man dem bevorstehenden Zollparlamentarische doch mit einer möglichst brauchbaren Geschäftsordnung entgegenzutreten müsse.

Abg. Wagener (Neustettin): Einzelne Punkte des Twesten-Lasker'schen Antrages erkenne ich als Verbesserungen an, andere würde ich ablehnen, wenn sie anders formulirt und gruppiert wären, im Ganzen aber kann ich dem Antrage meine Zustimmung nicht geben. Ich wünsche denselben durch eine Commission sachlich beleuchtet, damit die Veränderung auch eine wirkliche Verbesserung werde. Die Herren Antragsteller scheinen das englische Parlamentsverfahren als Muster genommen und die Absicht gehabt zu haben, dies auf unsere Verhältnisse zu übertragen, ohne zu berücksichtigen, daß dieselben von den englischen weit verschieden sind. — Der Redner geht hierauf auf das Materielle des Twesten'schen Antrages näher ein, wird jedoch vom Präsidenten wiederholt darauf hingewiesen, daß es sich vorläufig nur um den Wedemeyer'schen Antrag handle.

Abg. Wagener (geret): Ich kann meine Ausführungen für den letzteren nur durch ein sachliches Eingehen auf die Hauptfrage begründen. Wenn mir dies nicht gestattet wird, so werde ich für jetzt den Twesten'schen Antrag pure ablehnen und meine Ausführungen bei späterer Gelegenheit wieder aufnehmen.

Präsident Dr. Simson: Das würde mir auch das Angenehmere sein. (Heiterkeit.)

(Der Abg. Wagener verläßt die Tribüne.)

Abg. Dr. Waldeck (für Ueberweisung an eine Commission): Der Herr Referent hat als Grund für die sofortige Schlussberatung die Nothwendigkeit geltend gemacht, dem bevorstehenden Zollparlamentarische mit einer möglichst brauchbaren Geschäftsordnung entgegenzutreten. So sehr ich dies auch als wünschenswerth anerkenne, so halte ich es doch für erforderlich, daß wir selbst diese neue Geschäftsordnung erst aus der Praxis genauer kennen und zwar um so mehr, als die Abgeordneten der süddeutschen Staaten an theilweise ganz verschiedene und abweichende Geschäftsordnungs-Bestimmungen gewohnt sind. Sodann aber scheint mir der vorliegende Entwurf auch materiell nicht genügend; er enthält Stellen, die nicht das sagen, was sie ausdrücken sollen, und schon das Dasein der gestellten Amendements würde eine Ueberweisung an die Commission rechtfertigen, die ich Ihnen dringend empfehle.

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) erklärt sich gleichfalls für eine Commission unter der Voraussetzung, daß man dieselbe neu wähle, daß ihr alle auf

Änderung der Geschäftsordnung eingegangenen Anträge überwiesen werden, und daß sie die ganze Geschäftsordnung einer Totalrevision unterwerfe. Der Twesten'sche Antrag helfe zwar einigen wesentlichen Mängeln ab, sei aber lange nicht ausreichend. Es sei noch eine große Anzahl von Punkten, die geändert werden müßten; so bedürften die Wahlprüfungen einer neuen Regelung, die Beschlußfähigkeit des Hauses müsse auf eine geringere Zahl von Mitgliedern herabgesetzt werden u. s. w. Der vorliegende Antrag entspreche auch nicht einmal seinem Zweck; namentlich sei der erste Theil desselben bedenklich, da er die Beratung nur complicirter mache. Die Ueberweisung an eine Commission sei deshalb dringend zu empfehlen.

Abg. Twesten: Durch die Annahme des Wedemeyer'schen Antrages würden Sie ihren früheren Beschluß über die geschäftliche Behandlung meines Antrages vollkommen aufheben. Jedenfalls halte ich es für nothwendig, in die General-Debatte über die Hauptfrage einzutreten, ehe über die Ueberweisung an eine Commission beschlossen wird, da der Abg. Wagener selbst bewiesen hat, daß es unmöglich ist, den Wedemeyer'schen Antrag zu discutiren, ohne die Hauptfrage sachlich zu berühren. Die für die Ueberweisung geltend gemachten Gründe haben mich von der Möglichkeit einer solchen Maßregel nicht überzeugen können; der Abgeordnete Waldeck ist immer ein Freund der Commissionsberatungen gewesen, ich halte eine solche, wenn sie nicht dringend erforderlich ist, für einen arthen Mangel der parlamentarischen Behandlung. Gerade jetzt haben wir noch Zeit, die gestellten Anträge im Plenum mit Ruhe durchzuberathen, später wird uns dieselbe knapp zugemessen sein; ich bitte Sie deshalb, auf eine Vertagung der Angelegenheit nicht einzugehen.

Der Antrag des Abg. v. Wedemeyer wird in der hierauf folgenden Abstimmung mit geringer Majorität angenommen.

Präsident Simson stellt nunmehr die Frage zur Erörterung, ob eine neue Commission gewählt werden oder die Anträge der gewählten Geschäftsordnungs-Commission übergeben werden sollen.

Abg. Wedemeyer wünscht eine neue Commission.

Abg. Braun (Wiesbaden) wünscht die Geschäftsordnungs-Commission noch durch einige Mitglieder verstärkt zu sehen.

Abg. v. Unruh: Wogu haben wir denn gestern eine Geschäftsordnungs-Commission gewählt, wenn wir gleich den ersten Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung einer neuen Commission übergeben wollen? Auch die Vertagung der Commission ist nicht anrathen; 14 Mitglieder arbeiten besser und präciser als 21.

Abg. v. Bernuth: Als Vorsitzender der Geschäftsordnungs-Commission möchte ich bitten, derselben doch nicht gleich a priori ein Mißtranensvotum zu geben. Ich schließe mich dem Abg. v. Unruh an.

Abg. Braun zieht seinen Antrag zurück; die Anträge werden der schon gewählten Commission überwiesen.

Schluß 12 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen.

Berlin, 27. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat gestern Nachmittag um 4 Uhr, dem großherzoglich sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Grafen v. Beust, welcher zugleich von Ihren Hoheiten den Herzögen von Sachsen und von Anhalt, sowie von Ihren Durchlauchten dem Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen und den Fürsten Reuß älterer und jüngerer Linie in der Eigenschaft eines Minister-Residenten am hiesigen Hofe beglaubigt gewesen, eine Privat-Audienz erteilt und aus dessen Händen diejenigen Schreiben entgegengenommen, wo durch er von den gedachten Souveränen aus seiner bisherigen Stellung abberufen wird.

Se. Majestät der König hat dem General-Major z. D. v. Bühlings-Löwen, bisherigen Commandanten von Wesel, den königl. Kronen-Orden zweiter Klasse, dem Obersten z. D. v. Kracht, bisherigen Commandanten von Wittberg, den kaiserl. Kronen-Orden dritter Klasse, so wie dem Seconde-Lieutenant Heintze im 8. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 70, und dem Hufaren Winter im 1. Westfälischen Hufaren-Regiment Nr. 8, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; den Regiments- und Schulrath Wärscholt zu Breslau zum Geh. Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ernannt; den Kataster-Secretären Bokwinkel zu Arnberg und Müller zu Witten den Charakter als Rechnungsrath; sowie dem Domänen-Pächter, Ober-Amtmann Wenzel zu Brachwitz den Charakter als Amts-Rath verliehen.

Der königl. Kreisbaumeister Nath zu Elbing ist zum königl. Bau-Inspecteur ernannt und demselben die Land-Bau-Inspecteur-Stelle zu Danzig verliehen worden. — Der Baumeister Neumann zu Bonn ist zum königl. Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreisbaumeisterstelle für den Kreis Euskirchen mit dem Wohnsitz in Bonn verliehen worden. — Der Diätar Carl Ferdinand Bläser ist als Geheimer Kanzlei-Secretär bei dem königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten angestellt worden. — Der bisherige Kanzlei-Gehilfen Wilhelm Lietert ist als Geh. Kanzlei-Secretär bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten angestellt worden.

Berlin, 28. März. Nach dem Vortrage des Militär-Cabinet's hielten Se. Majestät der König Parade über die hiesigen Cavallerie-Regimenter (zu Fuß) ab und nahmen dann zahlreiche militärische Meldungen entgegen, sowie auch die des kaiserl. russischen General-Adjutanten Ignatieff. Nach dem der Parade folgenden Frühstück empfingen Se. Majestät den General der Infanterie v. Manstein und hierauf den Vortrag des Civil-Cabinet's. (St.-Anz.)

In der gestern stattgehabten fünften Plenarsitzung des Bundesrathes des deutschen Zollvereins führte der Graf v. Bismarck-Schönhausen den Vorsitz. Nach Verlesung des Protokolls der 4. Sitzung wurden folgende Vorlagen des Präsidiums, betreffend: das Regulativ über die zollamtliche Behandlung der mit den Posten eingehenden Waaren; die Creditirung der Abgaben von Salz; — die Registrirung unvollständig declarirter Waaren-Endungen; — Änderungen der 1. Abtheilung des Zollvereins-Tarifs; — Ermäßigung der Eisenzölle; — den Vaußsummen-Etat für das Herzogthum Lauenburg; — die Theilung der im Herzogthum Lauenburg ausgekommenen Nachsteuer — an die betreffenden Ausschüsse überwiesen. Eine Mittheilung Baders, betreffend die innere Steuer, die Uebergangs-Abgabe und die Ausfuhr-Vergrößerung für Bier, soll durch das Protokoll zur Kenntniß der Regierungen gebracht werden. Auf den Bericht des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen (Referent Riede) wurden die Anträge Preußens, betreffend den Beschlusssatz der Hauptämter Lüneburg und Schweidnitz, angenommen. Eine Petition des Vorstehersamtes der Kaufmannschaft in Stettin, betreffend die Verzollung havarirter Güter, wurde an den Ausschuss für Zoll- und Steuerwesen verwiesen.

[Zu den Ernennungen für die hannoverschen Aemter] erfahren wir, daß dieselben sich auf circa 100 dieser Aemter erstrecken, welche für gewisse Functionen zu 35 Kreisen vereinigt sind; es sind also 100 Amtsleute, von denen 35 als Kreis-Hauptleute fungiren. Aus den Listen der Ernennungen wird sich ergeben, daß zu diesen Stellen fast ausschließlich eingeborne hannoversche Beamte definitiv ernannt sind. Außer den 4 bis 5 altständischen Beamten, welche schon dort fungirt haben, treten uns nur noch zwei entgegen, der Ritterschafts-Rath v. Pügel, welcher seit der Occupation in der Civil-Verwaltung Hannovers thätig war, und der Graf Pfeil-Neurode, welchem jüngst ein Commissorium in Schleswig-Holstein übertragen war. Wo es irgend möglich war, sind die Amtsleute an ihren Stellen zu Kreis-hauptleuten ernannt worden, und wo es einer Vacanz oder irgend eines anderen Grundes wegen nicht anging, da ist entweder ein Amtmann aus benachbartem Amte oder ein Amts-Inspector dazu ernannt worden. Soweit irgend thunlich, soll bei den Kreis-Hauptleuten die Anciennität berücksichtigt werden.

[Das land wirthschaftliche Museum] wird in diesen Tagen eine Sammlung von Gegenständen aus der Pfahlbautenperiode erhal-

ten, bestehend aus Knochen von Hausthieren, Wild, Steingeräthen und dergl. mehr, lauter Reizen, welche der von Karl Vogt in seinen Vorträgen oft genannte Messkommer in Robenhäusen gesammelt hat.

[Abgaben von Tabaksklättern.] Der Finanzminister hat jetzt die Abrechnung über die gemeinschaftlichen Uebergangsabgaben von Tabaksklättern und Tabakfabrikaten für das Jahr 1867 aufgestellt, und zwar nach drei Zeitabschnitten, nämlich vom 1. Januar bis 14. Juli, vom 14. Juli bis 15. Novbr. und vom 15. Novbr. bis Ende Decbr. Es sind diese Abschnitte erforderlich gewesen, weil mit dem 15. Juli der freie Verkehr mit Tabaksklättern und Tabakfabrikaten auch mit Nassau, Frankfurt a. M. und den früheren bairischen und bessischen Gebietsheilen und seit dem 15. Novbr. mit der preussischen Provinz Schleswig-Holstein begann. Es sind aus dem ersten Abschnitt 68,249 Thlr., aus dem zweiten 46,877 und aus dem dritten 18,296 Thlr. zur Vertheilung gekommen.

[Zum katholischen Feldprobst] ist der Probst Namtsjanowski designirt. Wie das „Markt. Kirchbl.“ mittheilt, wird er vom Papste zur bischöflichen Würde erhoben werden; der Informationsproceß sei eingeleitet. Sonstige Zeitungsangaben bezüglich eines Bischofs von Berlin bei St. Hedwig seien unrichtig.

[In Bezug auf die Vorkommnisse auf Hamburger Auswanderungsschiffen] hat, wie der „Staatsanz.“ meldet, das Schatz-departement zu Washington an den Senat eine Reihe von Vorschlägen gerichtet. In denselben wird die Nothwendigkeit hervorgehoben, bessere Maßregeln zum Schutz der Zwischendeck-Passagiere und eine schnelle Revision der bestehenden Gesetze zu treffen. Es soll bestimmt werden, daß Zwischendeck-Passagiere nur in einem Deck untergebracht werden; daß nur je zwei Kinder im Alter von ein bis fünf Jahren (bisher acht Jahren) als eine Person gelten; daß jedes Schiff, welches ein Geschäft daraus macht, Passagiere aufzunehmen, einen vollständigen Vorrath von Medicin, der für etwaige Krankheiten der Passagiere so wohl wie der Mannschaft ausreicht, und einen tüchtigen Arzt oder Wundarzt an Bord haben soll; endlich sollen bezüglich der Küstung und des Rochens an Bord Verbesserungen getroffen werden.

Königsberg, 28. März. [Bewilligung.] Dem Vernehmen nach ist auf Antrag des Oberpräsidenten noch eine halbe Million zur Beschaffung von Saatgetreide für die Nothstandsdistricte bewilligt worden.

Kiel, 28. März. [Marine.] Laut eingegangener Meldung ist die norddeutsche Brigg „Musquito“ am 26. d. aus Vigo in Corunna eingetroffen; die Brigg „Kover“ wird in den ersten Tagen des nächsten Monats von Vigo nach Plymouth abgehen.

Darmstadt, 28. März. [Eisenbahn.] Nach einem der Abgeordnetenkommission vorgelegten Gesetzentwurf wird die Höhe der gesetzlich erforderlichen Einzahlung auf Actien der oberhessischen Eisenbahngesellschaft auf nur 25 Procent festgesetzt.

München, 28. März. [Unruhen.] — Ludwig I. In Traunstein in Oberbayern haben anlässlich der Landwehr-Control-Versammlungen Widersehligkeiten stattgefunden, so daß militärische Hülfe aufboten werden mußte. — König Ludwig I. hat in seinem Testamente über seinen Nachlaß zur Begründung von Fideicommissen zu Gunsten der Prinzen Eulipold und Alalbert verfügt.

Angsburg, 28. März. [Unruhen.] Der „Allgemeinen Zeitung“ wird über die Unruhen in Traunstein telegraphirt, daß die heutige Controlversammlung der Landwehr durch aufrührerische Ausfälle vereitelt wurde. Generalmarsch wurde geschlagen und die Aufrührer verlesen — aber vergeblich. Das Rathhaus wurde demolirt. Häuser und Läden der Stadt wurden geschlossen und die Gensdarmen arg gemißhandelt. Die Behörden requirirten Militär von München.

Auch in Frosberg kam es zu ähnlichen Excessen. Die Aufrührer führten die Losung: „Wir wollen nicht preussisch schwören!“

## Oesterreich.

Wien, 28. März. [Das Bisthum Breslau.] In einer der letzten Sitzungen des Ministerrathes stellte, wie Brünnner Blätter melden, Dr. Hasner den Antrag, es möge die nöthigen Unterhandlungen eingeleitet werden, damit die zur Breslauer Diocese gehörigen Theile des österreichischen Schlesiens vom Bisthum Breslau losgelöst und mit einer einheimischen Diocese vereinigt würden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Einige Schwierigkeiten wird die Auseinandersetzung wegen der Herrschaft Johannsberg bereiten, die dem Fürstbischöfe von Breslau vertragsmäßig als Tafelgut gesichert ist und in dessen Besitze das Bisthum zu erhalten die preussische Regierung gewiß nicht säumen wird.

Wien, 29. März. [Die confessionellen Gesetze.] Der Ministerpräsident Fürst Auerperg und der Unterrichtsminister Dr. Hasner sind aus Wien hier wieder eingetroffen. In parlamentarischen Kreisen herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die Sanctionirung des gemeinsamen Complexes der confessionellen Gesetze, wie dies auch schon von Anfang an in Aussicht genommen worden, nach deren endgiltiger Erledigung in beiden Häusern des Reichsraths zu erwarten ist. Alle gegentheiligen Gerüchte, insbesondere die Nachricht, daß die Votirung jener Gesetze nur als eine Pression auf die päpstliche Regierung dienen solle sowie das Gerücht von einer beabsichtigten Sendung des Erzbischofs v. Haynald nach Rom werden als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

## Provincial-Beitrag.

\*\* Breslau, 30. März. [Der Regierungs- und Schulrath Waepold] ist zum Geh. Regierungs- und Vortragenden Rath im Ministerium des Unterrichts ernannt worden, um neben dem Geh. Rath Stiel die Angelegenheiten des Elementarunterrichts zu bearbeiten, in welchen letzterer bisher allein das Decernat geführt hat, da bekanntlich früher auch die Bearbeitung des Elementar-Unterrichtes mit dem Decernat des höheren Unterrichtswesens vereinigt war. Dann trat eine Theilung ein und hat das Unterrichtswesen einen solchen Umfang gewonnen, namentlich das elementare, daß schon früher die Heranziehung eines Hilfsarbeiters für nöthig erachtet wurde; jetzt ist nun durch jene Berufung die provisorische Anordnung eine definitive geworden.

Breslau, 29. März. [Der Verwaltungsrath der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft] hat die Gesamtdividende für die Stammactien pro 1867 auf 13 1/2 pCt. festgesetzt. Die diesmalige Rücklage in den Erneuerungsfonds wurde auf 780,000 Thlr. normirt.

m. [Feuer.] Vorgestern Abend gegen 8 Uhr rückte die Hauptfeuerwache nach dem Hause am Waldchen Nr. 11, woselbst ein nicht unbedeutender



